

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

26.9.1928 (No. 225)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Ameno Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und vorweggerechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exers, Auslieferung, Waischinderbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amerika und das englisch-französische Abkommen

W.B. New York, 26. Sept. (Tel.) „New-York-American“ berichtet aus Washington: Die geplante Note an England und Frankreich, wie sie von Coolidge und dem Ministertabineau gebilligt worden sei, enthalte im wesentlichen die folgenden Ausführungen:

Die Vereinigten Staaten seien nicht gewillt, irgendeinem geheimen Abkommen für die Begrenzung der Rüstungen beizutreten, wie dies von britischer und französischer Seite befürwortet werde. England und Frankreich müßten in den öffentlichen Sitzungen der vorbereitenden Konferenz für Flottenrüstungen erscheinen, ehe irgendeine Erörterung der Frage begonnen werden könne. Ehe die Vereinigten Staaten an einer solchen Erörterung teilnehmen, müßten sie Gewißheit haben, daß die amerikanischen Flottenbedürfnisse respektiert werden. Sollten England und Frankreich vorschlagen, an einer Konferenz teilzunehmen, die auf der gleichen Grundlage stattfindet, wie die ergebnislose Konferenz, die im Jahre 1927 stattfand, so sei es besser, daß überhaupt keine Konferenz abgehalten wird.

Dagegen soll nach einer Information der „Associated Press“ der Text der amerikanischen Note noch immer Gegenstand von Beratungen sein. „Herald Tribune“ schreibt, die Note werde innerhalb der nächsten 48 Stunden abgehandelt werden.

W.B. London, 25. Sept. (Tel.) Der Vorsitzende des Ausschusses für Flottenfragen im amerikanischen Repräsentantenhaus, Fred A. Britton, der gestern von Southampton nach Amerika abfuhr, erklärte in einer Unterredung u. a.: Selbst wenn keine weiteren unerwünschten Enthüllungen gemacht werden, glaube ich, daß das sogenannte Kompromiß viel dazu beitragen wird, das Vertrauen der Welt in die augenblickliche europäische Politik zu zerstören. Eine geheime Verschwörung, um die amerikanische Freundschaft zu verletzen, oder zu untergraben, würde bestimmt den britischen und den französischen finanziellen und politischen Einfluß nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt schwächen, und je früher die jetzigen Staatsmänner dieser Länder diese Taktiken erkennen, umso besser ist es für alle in Betracht kommenden. Die Enthüllungen der Hearstpresse können nur eine gute Wirkung auf unsere künftigen Beziehungen haben, da dann alle Karten offen auf den Tisch gelegt werden müssen. Wenn Großbritannien und Frankreich ein endgültiges Abkommen über Flottenbeschränkungen treffen wollen, so bin ich sicher, daß die amerikanische Regierung nur entsprechend ihren nationalen Verteidigungsbedürfnissen bauen wird. Wir in Amerika suchen nur den Weltfrieden und Freundschaft mit jeder Nation auf Erden.

Das Volksbegehren zur Verfassungsänderung. Die deutsch-nationale Pressestelle teilt mit: „Die Kundgebung des Stahlhelms vom 23. September, in der er die Rechtsparteien auffordert, gemeinsam mit ihm ein Volksbegehren auf Verfassungsänderung vorzubereiten, kann von der Deutschnationalen Volkspartei nur mit Freuden begrüßt werden. Die Vorarbeiten für den Gesetzentwurf, der einem Volksbegehren zugrunde zu legen ist, sind von der Deutschnationalen Volkspartei bereits seit längerer Zeit in Angriff genommen. Sie ist zu der gemeinsamen Arbeit mit dem Stahlhelm selbstverständlich bereit.“

Die heutige Fahrt des „Graf Zeppelin“

Auf Grund der Wetterkarten hat Dr. Eckener bestimmt, daß der „Graf Zeppelin“ heute, Mittwoch, mittag zu der angekündigten Fahrt aufsteigt. Das Schiff ist im Laufe des Vormittags vollständig klar geworden, und alle Umänderungsarbeiten sind beendet. Die heutige Fahrt dient vor allem dem Zweck, das Funktionieren der Funktion endgültig festzustellen und die Wirkung des Luftdruckes auf die Motoren auszuprobieren. Dr. Eckener wird heute nicht mitfahren, sondern, wie er es bei den früheren Schiffsfahrten auch machte, einmal vom Lande aus die Manövrierbewegungen beobachten, so z. B. auch die Wirkung des Luftdruckes auf die Hülle. An Bord werden sich heute etwa 25 Gäste befinden, darunter auch Ministerialdirigent Brandenburg und die anderen Vertreter des Reichsverkehrsministeriums und der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, außerdem Vertreter der Konzern-Werke der Luftschiffbau-Gesellschaft. Die Fahrt wird etwa 3 bis 4 Stunden dauern, und das Schiff wird, wie bereits gemeldet, immer in der Nähe des Bodensees bleiben.

Das Großflugzeug „Deutschland“ verbrannt

Bei Arnberg (Westfalen) verbrannte nach einer Notlandung das Kurzflugzeug der Strecke Paris—Berlin, „Deutschland“, eine Schwestermaschine des Großflugzeuges „Hermann Göring“. Die „Deutschland“ befand sich mit 8 Passagieren und 4 Mann Besatzung auf dem Flugweg von Paris nach Berlin und hatte gegen 11 Uhr vormittags eine Zwischenlandung in Köln vorgenommen. Gleich nach dem Wiederaufstieg in Köln bemerkte der Flugzeugführer Polte, daß der Motor nicht regelmäßig arbeitete. Er entschloß sich daher, niederzugesinken. Da nämlich wurden die Insassen durcheinandergeworfen und zum Teil auch zu Boden geworfen. Als sämtliche Passagiere und die Besatzung das Flugzeug verlassen hatten, schlugen, vermutlich aus dem Vergaser, plötzlich Flammen heraus, die bald das ganze Flugzeug ergriffen.

Letzte Nachrichten

Die Kriegsanleihebeschreibungen

M. Berlin, 26. Sept. (Priv.-Tel.) Die Stinnesaffäre ergreift immer weitere Kreise, namentlich durch die Angelegenheit der Reichsbankkassen, die auf Anregung von Dr. Birtz feierlich eingeweiht wurden, um falschen Anmeldungen auf die Spur zu kommen, und die angeblich Interessenten verraten worden sind. Entsprechende Vernehmungen haben bereits stattgefunden.

An zuständiger Stelle wird die Behauptung, die sich in einem Teil der Presse findet, wonach die Reichsschuldenverwaltung auf Veranlassung des Reichsfinanzministers mit einer Reihe von Banken, die Neubank als Mitbesitzer angemeldet hatten, Vergleicheverhandlungen gepflogen habe, entschieden in Abrede gestellt. Solche Verhandlungen haben niemals stattgefunden, auch ist keine Anregung der leitenden Stellen hierzu ergangen. Dagegen wird nicht bestritten, daß eine Reihe von Banken, darunter auch Filialen von Großbanken, Neubank als Mitbesitzer angemeldet und entsprechend § 26 des Aufwertungsgesetzes in Strafe genommen worden sind.

Der neue Chef der Marineleitung

M. Berlin, 26. Sept. (Priv.-Tel.) Zu den Anschuldigungen gegen den eben ernannten Chef der Marineleitung, Vizemirall R a e d e r, er habe sich mit Rechtsorganisationen fast eingelassen, erfahren wir, daß Reichswehrminister G r o e n e r nach seiner Rückkehr aus den Manövern dazu Stellung nehmen wird.

„Daily Express“ über die Nichträumung des Rheinlandes

W.B. London, 26. Sept. (Tel.) „Daily Express“ befaßt sich in einem „Ein neuer Felsen Papier?“ — Vertrauensbruch gegenüber Deutschland“ überschriebenen Leitartikel mit der Nichträumung des Rheinlandes. Nach Anführung des Artikels 431 des Versailler Vertrages bemerkt das Blatt: Dieser Artikel enthält eine unabweisende Zusage, daß Deutschlands Erfüllung seiner Vertragsverpflichtungen anerkannt werden wird durch Zurückziehung der alliierten Besatzungsbehörden. Die gesamte Welt weiß, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt hat. Durch Aufrechterhaltung der Rheinlandsbesetzung hat Großbritannien eine feierlich eingegangene Verpflichtung verletzt.

Von der Danziger Westerpilatte

W.B. Danzig, 26. Sept. (Tel.) Gemäß dem Abkommen zwischen Danzig und Polen vom 4. August 1928 wurde zunächst der Nordteil der Westerpilatte geteilt dem Hafenausgang für allgemeine Handelszwecke übergeben. Die Übergabe des restlichen Teiles der Westerpilatte ist gemäß dem vorgenannten Abkommen nach Verlauf von etwa eine Woche zu erwarten.

Das argentinische Parlament und der Völkerbund

W.B. Paris, 26. Sept. (Tel.) Gadas berichtet aus Buenos Aires: Die Kammer hat nach einer lebhaften Diskussion die Streichung des argentinischen Beitrages zum Völkerbund beschlossen.

Wahl des provisorischen Präsidenten Mexikos

W.B. Mexiko-Stadt, 25. Sept. (Tel.) Beide Häuser des Kongresses wählten in einer Nachsitzung Porfirio Gil zum provisorischen Präsidenten der Republik. Die allgemeine Wahl für den ordentlichen Nachfolger von Porfirio Gil wurde auf November 1929 festgesetzt. Der gewählte frühere Staatssekretär des Innern, Porfirio Gil, erklärte Pressevertretern, er werde die Politik des Präsidenten Calles fortsetzen und ferner versuchen, das soziale Programm des ermordeten Präsidenten Carranzas Kandidaten Obregon zu verwirklichen.

Die Thüringer Regierungskrise

Der Unterhändler für die Regierungsbildung, Prof. Dr. Krüger, hat am Dienstag dem Präsidium des Landtages seinen Auftrag zurückgegeben, da er seine Versuche, eine Regierung zu bilden, als gescheitert ansieht.

Der Sparkassenstand von St. Ingbert

Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, ist der Staatskommissar des saarländischen Landesrats und Leiter der kommunalen Abteilungen der Regierungskommission, Oberregierungsrat Dr. Heim, von der Ausübung seiner Amtsgeschäfte entbunden worden. Die Beurlaubung Dr. Heims steht in Verbindung mit dem St. Ingberter Sparkassenstand.

Gewerkschaftliche Abrüstungskampagne

Der „Vorwärts“ meldet aus Amsterdäm: Der Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschloß unter Hinweis auf den Kellogg-Pakt, die Aufforderung an die organisierte Arbeiterklasse zu richten, mit allen verfügbaren Mitteln für die Abrüstung einzutreten. Die Landeszentralen werden um entsprechende Einwirkung auf Regierungen und Parlamente ersucht.

* Der große Widerspruch

Der französische Außenminister, Herr Briand, hat sich nach der bekannten Rede Hermann Müllers in Genf über nichts mehr aufgeregt als über die Wendung, dem schlichten Mann im Volke müsse der Widerspruch auffallen, der darin zu finden ist, daß die großen Militärmächte ständig von Frieden und Kriegssüchtung reden, faktisch aber ihre Rüstungen immer mehr und mehr verstärken und so den Krieg immer zielbewußter vorbereiten. Nun, wenn Herr Briand sich einmal völlig objektivieren wollte und die jetzt abgeschlossene Abrüstungsdebatte in Genf ganz unbefangen von einer höheren moralischen Warte aus betrachtet, dann wird er wohl selbst zugeben müssen, daß dieses Urteil des schlichten und gesunden Menschenverstandes nur zu berechtigt ist, und daß in der Tat ein grauenhafter Widerspruch besteht zwischen jenem Geiste, der bei der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris in Erscheinung trat, und jenem Geiste, der jetzt wieder in Genf triumphiert und alle wirklichen Abrüstungsbestrebungen für das nächste Jahr, ja eigentlich für immer, sabotiert hat.

Es ist gut und erfreulich, daß der deutsche Vertreter in Genf, Graf Bernstorff, diesen Widerspruch unterstrichen und den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage klar und entschieden betont hat. Wir werden in Deutschland auch weiterhin an einer Politik der Friedensliebe und der Verständigung festhalten. Und das Maß unserer Entwaffnung ist allerdings so, daß wir praktisch für irgendwelche ernsthaft kombinierten kriegerischer Art nicht in Betracht kommen können. Aber wir werden bei aller Friedensliebe nunmehr die Forderung mit immer lauterer Stimme erheben, daß jetzt endlich die nötige Schlussfolgerung aus den Ergebnissen dieser Genfer Tagung gezogen wird. Wir werden uns mit schönen Redensarten nun nicht mehr vertrösten lassen, und wir werden der Welt sagen, daß, nachdem sich die allgemeine Abrüstung als unmöglich erwiesen hat, dann auch Deutschland das Recht auf Bewaffnung wieder gegeben werden muß. Die Alternative kann nur lauten: entweder allgemeine Abrüstung, und sei es auch nur stufenweise, oder aber Wiederherstellung des Rechts der Aufrüstung auch für Deutschland. Gleiches Recht für alle! Es würde den moralischen Bankrott des Völkerbundes bedeuten, wenn er auf die Dauer einen Zustand gutheißen wollte, der dem Prinzip der Gerechtigkeit einfach ins Gesicht schlägt.

Auch die deutsche Reichsregierung hat in Genf erklärt, daß sie sich fürs erste mit einer Etappe in der allgemeinen Abrüstung begnügen würde. Nicht einmal dieser bescheidene Wunsch ist erfüllt worden. Und er kann ja auch nach Lage der Dinge gar nicht erfüllt werden. Denn die großen Mächte denken gar nicht daran, abzurufen, sondern sie denken nur an eine Verstärkung ihrer Rüstungen. Es ist ein englisches Blatt, das Arbeiterblatt „Daily Herald“, das den Franzosen vorhält, daß ihr militärischer Vorschlag für das nächste Jahr um 6 Millionen Pfund Sterling höher sein werde als im Vorjahr. Und im Tone des Stolzes hat dieser Lage der französischen Kriegsminister ausgerufen, die Befestigungspläne an der Ostgrenze Frankreichs sähen einen Wall von Eisenbeton und Stahl vor, demgegenüber die vielgerühmte Hindenburg-Linie nur eine kleine Sandburg sei.

Das englisch-französische Flottenabkommen aber ist ganz und gar der Ausdruck einer den Krieg vorbereitenden Politik. Und schon hören wir aus Amerika, daß auch diese Großmacht jetzt nach Abschluß des englisch-französischen Abkommens ihre Flotte erheblich verstärken wolle. Und das geschieht, obwohl wir einen Völkerbund haben, obwohl ein Locarnopakt und ein Kellogg-Pakt vorliegen.

Die französischen Politiker machen sich die Sache sehr leicht. Sie betonen neuerdings mit erhöhtem Nachdruck, daß Abrüstung und Sicherheit untrennbar miteinander verknüpft seien, und daß von einer Sicherheit im französischen Sinne nur dann gesprochen werden könne, wenn auch ein Ostlocarno abgeschlossen sei. Frankreich weiß zur Genüge, daß das deutsche Volk ein solches Ostlocarno ablehnt. Natürlich nicht aus kriegerischen Gründen, sondern aus Gründen nationaler und rechtlicher Natur. Es wäre Wahnsinn, wenn wir uns die im Friedensvertrag und in der Völkerbundsatzung garantierte Möglichkeit einer Revision der territorialen Friedensbestimmungen

Mit der Beilage: 61. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

im Osten durch eine Übertragung des Locarno-Paktes auf diesen Osten für immer verderben würden. Aber immerhin ist das ein Vorwand für alle jene französischen Kreise, welche die Aufrechterhaltung der militärischen Suprematie ihres Landes wünschen und diese Suprematie nur so lange garantiert sehen, als Polen und die Tschechoslowakei mit Frankreich Hand in Hand gehen. Deshalb wird der polnische Wunsch nach einem Ostlocarno auch immer von diesen Kreisen unterstützt werden.

Nun wir sehen jedenfalls jetzt ganz klar. Die großen Militärmächte wollen die Abrüstung einfach nicht, und es hat für uns keinen Zweck mehr, in unserer Außenpolitik mit einem Problem zu rechnen, das gar kein Problem mehr ist. Die Abrüstung ist, wenn nicht noch in nächster Zeit ein Wunder geschieht, erledigt. Und wir haben uns nach dieser Erkenntnis einzurichten.

Deutscher Städtetag in Breslau

Der Deutsche Städtetag, die Spitzenorganisation der deutschen Groß- und Mittelstädte, die 298 Mitgliedstädte mit rund 26 Millionen Einwohnern umfaßt, trat am Dienstag zu seiner diesjährigen Jahresversammlung in Breslau zusammen.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mutert, sprach über „Reichsaufbau und Selbstverwaltung“, indem er eingangs darauf hinwies, daß das gegenwärtige Verhältnis von Reich, Ländern und Gemeinden unhaltbar sei. Es geht nur ein Vorwärtsschritt in der Richtung auf ein einheitliches Reich mit weitgehender Selbstverwaltung in den regionalen und gemeindlichen Bezirken. Der Vortragende kündigte dabei an, daß der Städtetag demnächst einen den veränderten Verhältnissen angepaßten Entwurf der Reichsstadtordnung vorlegen würde. Reichsminister des Innern, Severing, kündigte nun an, daß er dem Wunsch des Städtetages nach Einrichtung einer Kommunalabteilung im Reichsinnenministerium entsprechen werde. Die erste Aufgabe dieser Abteilung werde sein, die Interessen der Gemeinden in den Reichsressorts zu wahren, wenn es sich darum handelt, Reichsgesetze zu beschließen, die den Lebensnerv der Gemeinden stark berühren.

Reichsminister Dr. Koch, Weser, trat gleichfalls für den Einheitsstaat ein. Er sei aber der Meinung, daß es sich nicht darum handle, einen einheitlichen Oberbau zu schaffen, sondern vielmehr einen staatsverwaltenden Unterbau. Wenn man einen lebendigen Organismus schaffen will, so kann man das nicht anders als auf dem Wege zum dezentralisierten Einheitsstaat. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der eine systematische Vereinheitlichung der formellen und materiellen Grundlagen für die wichtigsten offenen Verwaltungsgebiete als unerlässlich bezeichnet wird. Die Schaffung einer Reichsstadtordnung sei hierfür nach wie vor organisatorische Voraussetzung. Die Zusammenfassung der jetzt in Reich und Ländern zerstückelten Behörden zu einer einheitlichen Mittelinstanz werde der Verwaltungsvereinfachung dienen. Die deutschen Städte verlangen, daß die finanzielle Selbstverwaltung wieder hergestellt wird.

WTB. Breslau, 26. Sept. (Tel.) Im Anschluß an die Jahresversammlung des Deutschen Städtetages hielt heute der Preussische Städtetag hier seine Jahresversammlung ab. Nach der Eröffnungsansprache von Oberbürgermeister Böhm, Berlin, der besonders herzlich den Vertreter der deutschen Städte in der Tschechoslowakei sowie den Bürgermeister von Memel begrüßte, trat die Versammlung in die sachlichen Beratungen ein, zu deren Hauptthema „Schwebende Fragen des Finanzausgleiches“, „Bedarfsordnung und Bedarfsdeckung in Reich, Ländern und Gemeinden“ Univeritätsprofessor Dr. Gerloff, Frankfurt a. M., eingehende Ausführungen machte.

Verdoppelung der Junggefellsteuer in Italien. Der italienische Ministerrat hat beschlossen, die Junggefellsteuer zu verdoppeln. Ferner beschloß der Ministerrat, für winterrliche Notstandsarbeiten 235,5 Millionen Lire bereitzustellen, die zunächst durch Einschränkung der Ausgaben des Kolonialministeriums, des Innen- und des Finanzministeriums gedeckt werden sollen.

Badisches Landestheater

Von morgens bis Mitternachts
Stück in zwei Teilen von Georg Kaiser
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Wer denkt noch an Expressionismus? Georg Kaiser war kein meist versprechender Verkünder auf der Bühne. Auch „Von morgens bis mitternachts“ ist von dieser Ausdruckskunst gestaltet, die Ausdruck des Wesens sein will, die nicht wie der Impressionismus den Schein wiedergibt, sondern das Sein zu bilden erstrebt.

Die Idee von „Von morgens bis mitternachts“ ist der Sinn des Expressionismus: ein kleiner Kaffier, dessen Menschsein im dauernden Gleichmaß seiner Berufstätigkeit und seiner Familieneigenschaft verflüchtigt ist, erfährt durch Erscheinung und Verührung einer eleganten Dame den Anstoß, der die Sein verfallende Erscheinungsform zertrümmert und dadurch das Streben weckt, die bis jetzt eingeschlossene Seele zu befreien, das eigene Sein zu suchen.

Die Flucht des defraudierenden Kaffiers ist die Suche nach dem Seinsserlebnis. Die erste Station ist die ihn erweckende Dame. Aber sie gab nur unbewußt Erweckung, verlagert bewußt Erfüllung. Zweite Station ist das eigene Familienheim, in dem die Mutter Blumen gießt, die Frau Koteletten brät, die Töchter Langetten spielen und Wagner spielen. Dazwischen auf verschneiter Heide erscheint ihm der Tod; aber noch kann der Suchende in der Auslöschung des Scheins nicht das Sein erkennen, der Tod ist nur letzte Möglichkeit, den er erst am Ende des Lebensstages, um Mitternacht, rufen wird.

Die dritte Station ist das Sechstageremmen im Sportpalast. Hier glaubt er durch die Aufpeitschung der Leidenschaft das jenseits aller trennenden Erscheinungsformen liegende Gemein-same, das Sein, zu erleben, da muß er beim Eintritt von Höheit, des sozial Obersten, seine Täuschung erkennen. Folgt vierte Station im Ballhaus. Der Sexus soll das Sein finden lassen. Aber auch hier ist alles nur Maske und Schein, hinter dem sich Langeweile, Däblichkeit, Gebreden verbergen. Bleibt fünfte Station bei der Heilsarmee. Hier scheint Erfüllung geboten. An der Puhbank wird dem Leib, der Erscheinungsform, abgeschrieben und der Seele, dem Sein, Treue gelobt. Aber als er nun die Konsequenz zieht und sich alles irdischen Guts entäußert, da balgen sich alle drum; nur seine Ketterin bleibt allein dem Geräuse fern und hält bei ihm aus. Jetzt glaubt er die allen irdischen Mängeln bare Vollkommenheit des Seins in der Zweisamkeit von Mädchen und Mann zu er-

Die Abrüstungsdebatte in Genf

Die Völkerverversammlung in Genf behandelte am Dienstag, wie gemeldet, die Abrüstungsfrage.

Nach Graf Bernstorff sprach der englische Delegierte Loder-Rampson. Er führte im wesentlichen aus, daß die britische Delegation nicht der Meinung sei, daß es von irgendeinem praktischen Wert sein könnte, wenn der vorbereitende Abrüstungsausschuß ohne eine vorhergehende entscheidende Einigung über die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten einberufen würde. Die englische Delegation werde dem vorgelegten Entschließungsantrag zustimmen, obwohl sie von dessen Zweckmäßigkeit nicht überzeugt sei.

Als nächster Redner sprach Paul-Boncour. In Artikel 8 des Völkervertrages werde die Abrüstung nicht von dem Gefühl der Sicherheit, sondern von der effektiv vorhandenen Sicherheit abhängig gemacht. Er verwahrte sich dagegen, daß man hier einen Vorwand für Nichtabrüstung schaffen wollte. Niemand konnte man daran denken, daß der Völkerverbund ohne ein allgemeines Sicherheitssystem über ganz Europa zur Verwirklichung der Abrüstung schreiten könne. Der vorbereitende Abrüstungsausschuß habe keineswegs abgedankt. Für den Fall, daß eine Verständigung dabei nicht zustandekommen sollte, soll der Ausschuß selbst eine letzte Anstrengung machen. Eine vorzeitige Einberufung der Abrüstungskonferenz ohne vorhergehende Überwindung der Schwierigkeiten würde nur dazu führen, daß das Scheitern der Konferenz in verberberender Weise zu einem raschen Anwachsen der Rüstungen und zu einem neuen Rüstungswettlauf führen würde.

In der Nachmittags-Sitzung erklärte Präsident Zahle, Bericht und Entschließung, wie sie vom Berichterstatter Benesch im Auftrage des Abrüstungsausschusses vorgelegt worden waren, bei Stimmhaltung Deutschlands und Ungarns, als angenommen.

Die heutige Sitzung der Völkerverversammlung

WTB. Genf, 26. Sept. (Tel.) Zu Beginn der heutigen Völkerverversammlung, die zunächst ziemlich schwach besucht war, verlas der holländische Delegierte Roubon eine Erklärung, die der Auffassung Ausdruck gibt, daß bereits mit der Abänderung des gegenwärtigen Verfahrens zur Behandlung der Minderheitenfrage ein wichtiger Schritt vorwärts getan sein würde. Ein wesentlicher Fortschritt wäre bereits erzielt, wenn das Dreierkomitee des Völkervertrages öfters zusammentreten würde, als das bis jetzt der Fall sei. Die holländische Regierung habe das feste Vertrauen, daß das Minderheitenproblem beim Völkerverbund eine ihn zukommende Beachtung finden werde.

Diese Erklärung, die auf einigen Wünschen und besonders von der deutschen und der ungarischen Delegation mit Beifall aufgenommen wurde, wird, wie Präsident Zahle feststellte, zu Protokoll genommen.

Hierauf wird die Aussprache über die vom Sicherheitskomitee vorgelegten Musterentwürfe fortgesetzt. Unter Bezugnahme auf Ausführungen des Grafen Apponyi untertrich der rumänische Hauptdelegierte, Comnena, den Wunsch seines Landes, die Abrüstung verwirklichen zu können, und erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Rumänien wiederholt, aber vergeblich die Neutralität nach dem Muster der Schweiz für sich verlangt habe.

Die Betriebssicherheit der Reichsbahn

Der Arbeitsausschuß zur Untersuchung der Betriebssicherheit der Deutschen Reichsbahn hat seine Tätigkeit beendet und teilt als Schlussresultat mit, daß die Betriebssicherheit in einem Maße gewährleistet sei, wie es billigerweise von einem Verkehrsunternehmen verlangt werden kann. Die Mittel sind richtig gewährt, auch wenn sie in manchen Einzelheiten Verbesserungsbedürftig sind. Die Reichsbahngesellschaft habe trotz der schwierigen Verhältnisse in der Nachkriegszeit sehr große Aufwendungen gemacht, um in erster Linie ihren technischen Apparat in betriebsfähigerem Zustande zu erhalten. Von einem Systemfehler in der Betriebsführung, der eine akute Betriebsgefahr in sich schließen könnte, könne daher allgemein nicht gesprochen werden.

Der Reichsausschuß für Weinforschung hielt vom 9. bis 11. Oktober unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichsgesundheitsamts seine diesjährigen Beratungen in Bad Dürkheim ab. Damit wird zugleich die Feier des 25jährigen Bestehens dieses Ausschusses verbunden.

kennen, Groß, nicht Sexus, als Netter. Da erscheint der Schutzmantel, den sie gerufen, um die ausgefetzte Belohnung zu erhalten.

Es bleibt dem Suchenden nur der Tod. Einsamkeit nicht Zweisamkeit. Vergeblich war sein Weg von morgens bis mitternachts. Aber was ist dieser Tod, was ist dieses Sein? „Zuerst ist er da — knochenad! Zuletzt ist er da — knochenad! Von morgens bis mitternachts rase ich im Kreise — nun zeigt sich fingerbergereintes Zeichen den Ausweg — wohin?“

Kaiser entläßt uns mit dem Fragezeichen. Das verschleierte Bild zu Saiz kann er nicht enthüllen, konnte kein Expressionist, ebensowenig wie irgendein Impressionist, enthüllen. Nach jenseits ist die Aussicht ins Verbannt. Auch die Expressionisten sind Impressionisten wie die Impressionisten Expressionisten.

Die Flucht aus dem Schein und Suche nach dem Sein zeigt uns Kaiser in einem Nebeneinander von Bildern, deren Zahl beliebig vermehrt werden könnte. Ein Filmstück, dessen Trennung in zwei Teile sinnlos ist, denn es ist ein Film aus vielen gleichgeordneten Bildern. Der geschickte Dramaturg Kaiser hat hier kein Meisterstück geliefert. Aber auch der Dichter läßt unbefriedigt, nicht so sehr, weil er die selbstgestellte Frage nicht beantwortet kann, sondern weil er dem Leben und Erleben des kleinen Kaffiers keine überzeugende innere Wahrheit verleiht. Daß er ihn zum Schlusse als Ecce-Homo sterben läßt, sieht so außer allem Größenverhältnis, daß es blasphemisch schmeckt, wenn es nicht ganz geschmacklos wirkt. Wir denken und empfinden heute sachlicher als unmittelbar nach dem Kriege, wir sind empfindlicher gegen alles Übersteigerte und Überhöhte. Die Idee interessiert, Einzelheiten paden, aber im ganzen wirkt die Gestaltung unausgereift und daher schwach. Und doch gehört das Stück zu den ganz wenigen dramatischen Werken, die den Zeitraum von zehn Jahren seit dem Kriege überdauern haben.

II.

Felix Baumbach hat mit offenkundiger Freude dieses ideegepreßte Filmstück inszeniert, wobei er alle Register seiner kontinuierten Theatererfahrung und -kenntnis ziehen konnte. Er schuf damit eine Aufführung, die Niveau hatte und fesselte, auch wenn Einzelbilder abfielen.

Der Stil seiner Inszenierung war eine Mischung von Expressionismus, Realismus und Groteske. Dadurch litt zuweilen, namentlich im ersten Teil, die Stärke, der Generalspannung; das schon im Stück vorhandene Nebeneinander wurde

Verwaltungsaufbau der Arbeitslosenversicherung

Am 1. Oktober wird das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Jahr in Geltung sein. Der Verwaltungsaufbau dieser neuen Versicherung ist in der Hauptsache vollendet. An ihrer Spitze steht die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der 13 Landesarbeitsämter u. 361 Arbeitsämter unterstellt sind. Vorher waren 23 Landesarbeitsämter und 887 öffentliche Arbeitsnachweise vorhanden. In ihrer Verringerung galt es nun, hauptsächlich die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu berücksichtigen, damit die neue Organisation nicht mit gar zu hohen Verwaltungskosten belastet wurde. In Bayern sind bekanntlich 41 Arbeitsämter an Stelle der bisherigen 98 Arbeitsnachweise geschaffen worden.

Der Vorstand der Reichsanstalt besteht aus 30 Beisitzern und Stellvertretern, der Verwaltungsrat aus 96 Beisitzern und Stellvertretern, die Verwaltungsausschüsse der 13 Landesarbeitsämter aus 666 Beisitzern und Stellvertretern, die Verwaltungsausschüsse der 361 Arbeitsämter aus 12 906 Beisitzern und Stellvertretern, von denen je ein Drittel von den Arbeitgebern, den Arbeitnehmern und den öffentlichen Körperschaften gestellt werden. Hierzu treten noch bei allen drei Instanzen Sachverständige und Ausschüsse für Angelegenheiten, die nur aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern bestehen, deren Einsetzung kein Muß ist, die aber höchstwahrscheinlich überall gebildet werden, womit die Zahl der ehrenamtlich tätigen Personen nicht weit unter 20 000 bleiben dürfte. Man hofft aber, diese Zahl später erheblich vermindern zu können, wenn sich die Verwaltung erst richtig eingespielt haben wird. In diesem Falle würden nicht nur Verwaltungskosten gespart werden, sondern auch ein besseres, sachliches Zusammenarbeiten zu erwarten sein.

Zaleski beleidigt die deutsche Presse

Der polnische Außenminister Zaleski hat auf seiner Durchreise durch Berlin vor den dortigen polnischen Pressevertretern ungläubliche Äußerungen über die deutsche Presse getan. Er spielte an auf die von einer Reihe deutscher Blätter anlässlich seiner Pariser Reise geäußerte Ansicht, polnische Ansprüche in der Räumungsfrage anmelden zu wollen, und sagte wörtlich: „Europa hat sich schon daran gewöhnt, daß die deutsche Presse häufig die Wahrheit meidet, und deshalb hat man aufgehört, sie zu lesen, auf sie zu reagieren oder ihr das geringste Gewicht beizulegen.“ Gleichzeitig wird in der halbamtlichen Warschauer „Epoca“ offiziell eine neue Presseverfügung angekündigt, die fremden Korrespondenten die Übermittlung falscher Nachrichten unmöglich machen soll. Es ist unschwer zu erkennen, daß die Verfügung als Repressalie gegen die in Warschau ansässigen deutschen Pressevertreter gedacht ist.

Eine Abordnung der deutschen Pressevertreter in Warschau überreichte am Dienstag dem Chef der Presseabteilung des polnischen Ministeriums des Auswärtigen eine Erklärung, in der gegen die Äußerungen Zaleskis Protest erhoben wird. Die Vertreter der deutschen Presse bedauern zugleich, daß ihre Tätigkeit in Warschau durch eine solche von hoher amtlicher Stelle erfolgte Äußerung eine ernsthafte Schädigung und erhebliche Erschwerung erfahre.

Unabhängig von dieser Angelegenheit besteht zur Zeit ein Konflikt zwischen den polnischen Regierungsstellen und den Warschauer Vertretern der Auslandspresse verschiedener Nationen. Zu einer Nachricht des Warschauer Vertreters des halbamtlichen tschechoslowakischen Organs „Prager Presse“ hatte die polnische Telegraphenagentur erklärt, daß diese Nachricht falsch sei. Zugleich teilte die polnische Telegraphenagentur mit, daß Anordnungen getroffen würden, die darauf abzielen, es den Korrespondenten ausländischer Blätter unmöglich zu machen, daß sie lügenhafte Informationen verbreiten“. Gegen die letzterwähnte Meldung nahm der Klub der Auslandspresse in Warschau, in welchem die deutsche, amerikanische, englische, österreichische, tschechoslowakische und russische Presse vertreten ist, in einer Versammlung einmütig Stellung und beschloß, dagegen Verwahrung einzulegen.

Medlenburg-Schwerin für Abschaffung der Todesstrafe. Das medlenburgische Kabinett hat sich für die Abschaffung der Todesstrafe für Medlenburg-Schwerin ausgesprochen. Die derzeitige Regierung wird diesem Beschluß dadurch Rechnung tragen, daß sie keine Todesurteile mehr bestätigt.

in der Aufführung noch betont, indem Einzelspannungen erzielt wurden. Der zweite Teil war im Ganzen besser geraten, das Nebeneinander, wiewohl dem Aufeinander, wurde Steigerung mit Endziel.

Namhafte Unterstützung fand Baumbach durch die Bühnenbildkunst Dorjens Hedts, dessen Bühnenaufbau einen besonders wertvollen Zug der Inszenierung ermöglichte, indem die Leitidee des auf der Suche stürmenden Kaffiers immer wieder zur leidenschaftlichen Darstellung kam, auf dem im Vordergrund erhob die ganze Bühnenbreite überquerenden Weg. Dank verdient auch das entgegen der Regiebemerkung des Autors geschmackvoll gemilderte Ende („Kaffier ist mit ausgebreiteten Armen gegen das aufgenähte Kreuz des Vorhangs gestunken. Sein Abgen hustelt wie ein Ecce — sein Hauchen furt wie ein Homo“).

Am schwächsten war die Hotelzimmerzene, wo namentlich der Sohnbarsteller Kurt Barfeld vollkommen versagte. Da diese kunsthistorische Szene ohnedies die schwächste des Werks ist, hätte sie ruhig vom Regisseur durch Streichung gerzigt werden können. Die Familienzene war zu stark als Groteske gestaltet. In der Ballhauszene mutete das Bühnenarrangement zu locker aufgelöst an, so daß die Intimität und damit die sinnlich-schwüle Atmosphäre verloren ging. Gut waren die Schneezene, bei der nur der Auftakt des Schneepuren verwehenden Kaffiers nicht zur Wirkung kam, und die Heilsarmeezene, bei der namentlich die Pause vor dem Geldturm sehr wirkungsvoll berechnet war. Den Höhepunkt bildete die Sportpalastzene; hier war das Tempo, der Rhythmus, der Stil des ganzen Werks igenisch verblüht.

Im Mittelpunkt der Aufführung stand natürlich Stefan Dahlen als Kaffier. Seit langer Zeit erleben wir hier wieder einmal eine groß angelegte und consequent durchgeführte darstellerische Leistung, die schlechthin als Starleistung zu bezeichnen ist. In Maske, Miene, Haltung, Gestus und nicht zuletzt in dem virtuos gemeisterten Wort eine organische Einheit, die jede Situation im Detail ausklopft und nie die beherrschende große Linie des innerlich Getriebenen verläßt. Wenn die Schwächen des Werkes und auch solche der Inszenierung sich nicht unangenehm geltend machten, dann war es das Verdienst dieses Künstlers. Stefan Dahlen hatte einen ganz großen Tag.

Dem Regisseur sei gedankt, daß er die anderen Darsteller ihm gegenüber dämpfte. Von diesen seien nur Alfons Heuble als Banddirektor und das Sextett der Kampftrichter (Graf, Gemmede, Brand, Müller, Keimath, Meher) erwähnt.

Prof. Dr. Karl Holl.

Die Aufhebung der Gutsbezirke in Preußen

Einige Millionen preussischer Staatsbürger, die in dem rund 12 000 sog. Gutsbezirken wohnen, hatten bisher nicht die Möglichkeit, sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen und damit ihre kommunale Verwaltung selbst zu bestimmen. Nach dem alten Verfassungsbuch war für sie ohne weiteres der jeweilige Gutsbesitzer Gemeindevorsteher und Inhaber der ganzen örtlichen Regierungsgewalt. Durch Volksgesetz vom Dezember 1927 ist nun in Preußen die Aufhebung dieser Gutsbezirke beschlossen worden. Die parlamentarischen Kämpfe um dieses Gesetz waren so hart, daß überhaupt nur mit Zustimmung der Kommunisten bei Obstruktion großer Teile der Rechten das Gesetz eine Mehrheit finden konnte.

Das Staatsministerium hatte auf Grund der Vorlage in den einzelnen Fällen einen Modus zu finden, nach dem die Auflösung vollzogen werden sollte; es hat diese Entscheidung bereits bis jetzt in einigen tausend Fällen herbeigeführt. Zuweilen werden die Gutsbezirke an Nachbargemeinden angegliedert, vielfach aber auch zu neuen Gemeinwesen zusammengefaßt. In den ersten Oberbayerischen wird die preussische Regierung die noch ausstehenden Beschlüsse über die Befreiung der restlichen Gutsbezirke fassen. Dabei will sie erreichen, daß die Einwohner dieser Bezirke bereits bei den nächsten preussischen Kommunalwahlen, am 2. Dezember d. J., gleich den Bewohnern der übrigen preussischen Kommunen, die Wahlen für das Gemeindevorsteher-, die Schöffen- und die anderen Kommunalämter bzw. Parlamente nach den geltenden Wahlgrundsätzen durchführen können.

Was kosten die Landstraßen?

In zweijähriger mühsamer Arbeit haben die Landstraßen-erhaltungspflichtigen soeben ihre langfristigen Pläne betreffend den Umbau der Landstraßen für den Automobilverkehr fertiggestellt. Dies sind nicht nur die deutschen Staatsstraßen, sondern auch die preussischen Provinzialstraßen, sondern auch die preussischen Landkreise. Durch Vermittlung des Preussischen Landkreistages haben sie in der Zusammenfassung ihrer Unterverbände für jede Provinz Umbauprogramme aufgestellt. So läßt sich nunmehr für ganz Deutschland genau feststellen, wie groß der Bedarf an Geldmitteln für diese Aufgabe ist. Es war bisher unbekannt, und man war auf Schätzungen angewiesen. Am die Gesamtsumme für Deutschland gleich zu nennen, sei mitgeteilt, daß sie sich auf 4,8 bis 5 Milliarden Reichsmark beläuft. (Hierzu werden noch weitere große Erhöhungen hinzutreten, die von dem Tempo abhängen, in dem man Degradierungen vornehmen und Umgehungsstraßen anlegen kann.) Die Ausbringung dieser Beträge im Laufe der nächsten Jahre ist leider nicht zu vermeiden, weil sonst die Verbesserung der Straßenfahrbahn hinter der Zunahme des Automobilverkehrs noch weiter zurückbleibe. Das wäre gleichbedeutend mit der Verschwendung eines Teiles der Straßenunterhaltungskosten und von Automobilbetriebs- und Kapitalkosten!

Das Programm der preussischen Landkreise, das soeben dem zuständigen Ministerium überreicht worden ist, umfaßt rund 40 000 Kilometer Umbaufreiden. Das Verhältnis der schweren zur mittelschweren u. zur leichten Bauweise ist 12 : 24 : 64. Da die preussischen Landkreise 2/3 aller preussischen Landstraßen betragen, ist es verständlich, daß die Kosten des Umbaus in die Milliarden gehen, obwohl nur ein kleiner Teil in schwerer und mittelschwerer Bauweise auszuführen ist. Die Gesamtsumme belaufen sich auf rund 1250 Millionen Reichsmark, wovon 900 Millionen auf Umbauten und 350 Millionen auf Neubauten entfallen. Für Verbreiterungen sollen rund 10 Proz. der Gesamtsumme verbrant werden.

Das Programm ist für jede Provinz auch farblich dargestellt. An der Farbenunterscheidung kann man erkennen, welche Straßen in schwerer, mittelschwerer oder leichter Bauweise endgültig hergestellt werden sollen. Das Programm hat seinen Wert ferner darin, daß die Straßenbauverwaltungen genötigt waren, untereinander darüber Fühlung zu nehmen, welche Straßen im Laufe der Jahre bevorzugt ausgebaut werden sollen.

Nur auf diese Weise kann den Bedürfnissen des Verkehrs genügt werden, und es kommt darauf an, die bisher aus der Kraftfahrzeugsteuer fließenden Zuschüsse zu den allgemeinen Steuern der Wegebaupflichtigen zu vermehren und vor allen Dingen Anleihen, auch Auslandsanleihen, zuzulassen. Dies sind Forderungen, die auf der Tagung des Deutschen Landkreistages am 6. September in Rostock zur Erörterung kamen.

Deutsch-schweizerischer Eisenbahnverkehr

Nach einer Vereinbarung zwischen den Schweizerischen Bundesbahnen und der Deutschen Reichsbahn wird auf den 1. Januar 1929 Konstanzen von den Schweizerischen Bundesbahnen eine eigene Einnehmer- und Gepäckexpedition erhalten. Dieser Dienst wurde bisher durch badische Beamte ausgeführt. An seine Stelle treten ab 1. Januar 1929 Beamte der Schweizerischen Bundesbahnen, die den Dienst auch für die mittlere Thurgauerbahn besorgen werden.

Reise Venizelos nach Paris. Der griechische Ministerpräsident Venizelos hat am heutigen Mittwoch nach seinem Besuch im Igl. Schloß von San Naffore bei Pisa im Luxuszug die Reise nach Paris angetreten.

Entlarvung eines falschen Rechtsanwalts

W.W. Wien, 26. Sept. (Tel.) Die Verhandlung eines Erpresserprozesses nahm eine ungenohnte Wendung, da der Richter mitteilen mußte, daß der von den beiden Angeklagten beauftragte Verteidiger, der angelegte Anwalt Dr. Josef Löwenstein, vor einigen Tagen als Betrüger entlarvt und verhaftet worden sei. — Wie das „Neue Wiener Journal“ dazu mitteilt, hat Löwenstein nicht nur in diesem Prozeß, sondern in einer ganzen Reihe anderer, die teilweise über ein Jahr zurückliegen, die Rolle eines Verteidigers gespielt, ohne irgendwie dazu befugt zu sein. Darunter befanden sich eine Reihe größerer Prozesse, die seiner Zeit Aufsehen erregt haben. Die Folgen der Schwindelereien Löwensteins seien noch gar nicht abzusehen, da unter Umständen Dutzende von Urteilen nicht abgelesen, da unter Umständen Dutzende von Urteilen nicht abgelesen werden würden. Besonders pikant sei auch der Umstand, daß Löwenstein schon seit Jahresfrist von dem gleichen Gericht wegen Betrugs festerlichlich verurteilt wird. Die Entlarvung Löwensteins erfolgte durch einen Gerichtsdiener, dem der angelegte Rechtsanwalt verächtlich vorgekommen war.

Der Mafsenflug der „Europa“

W.W. Karasch, 26. Sept. (Tel.) Herr von Günefeld ist gestern morgen mit der „Europa“ zum Weiterflug nach Mahabad gestartet.

In der Gefangenschaft nordafrikanischer Eingeborener.

W.W. Paris, 26. Sept. (Tel.) Savas meldet aus Casablanca, daß der französische Flieger Vidal, der am 22. Sept. unweit vom Romfluss zu einer Notlandung gezwungen war, mit seinem Passagier von den dort wohnenden Eingeborenen festgehalten wird und Verhandlungen wegen Freilassung der beiden Europäer eingeleitet wurden.

Badischer Teil Präsidialkonferenz des Badischen Industrie- und Handelstags

Der Badische Industrie- und Handelstag hielt im Sitzungssaal der Handelskammer Konstanz am 17. September nach einer vorausgegangenen Steuerzuschußprüfung seine zweite Präsidialkonferenz in diesem Jahre ab.

Den Vorsitz führte der Präsident der Handelskammer Mannheim, Richard Lenel, zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Handelskammerpräsident Stadmann, Konstanz, bestimmt, der die Tagung begrüßte. Der Vorsitzende gedachte in ehrenden Worten des verstorbenen Großherzogs Friedrich II. von Baden, indem er vor allem die große Anteilnahme des Verschiedenen an dem Gedeihen der Wirtschaft hervorhob. Gleichzeitig erinnerte der Vorsitzende an das Ableben des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden der Handelskammer Schopffheim, Meyer, Vörsch. Weiter sprach der Vorsitzende dem Kommerzienrat Heiblauff, Präsident der Handelskammer Lahr zu seinem 70. Geburtstag, Herrn Rentner, Präsident an der Handelskammer Pforzheim zu seinem 60., und Prof. Dr. Blaustein, Syndikus der Handelskammer Mannheim und Geschäftsführer des Badischen Industrie- und Handelstags zu seinem 50. Geburtstag die besten Glückwünsche aus.

Bezüglich der Frage der Konzentration der Gelder der öffentlichen Hand in Berlin wurde festgestellt, daß hierdurch Süddeutschland benachteiligt würde, und daß deshalb dafür eingetreten werden solle, daß der Teil der Steuererträge, der Baden einbüßte, nicht mehr an die Zentralstellen überwiesen zu werden brauche.

Eine laut gewordene Klage über die bisherige Form der Vergütung der Reichsaufsicht, bei der die badische Wirtschaft benachteiligt worden sei, wurde dadurch geklärt, daß festgestellt werden konnte, daß in den letzten Jahren die Verhältnisse eine Besserung erfahren haben.

Die Frage der Gründung einer Wirtschaftsbank in Baden (Berichterhalter Dr. Weil, Mannheim) wurde eingehend behandelt. Es wurde beschlossen, die Erfolge der neuesten Versuche, die im Interesse der kleineren und mittleren Industrie von zentraler Stelle unternommen werden sollen, abzuwarten.

Der Badische Industrie- und Handelstag hat einen Vertreter im Kreditausschuß zwecks Bereitstellung von Umschuldungskrediten als Hilfsmittel des Notprogramms für die Landwirtschaft. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Wettbewerb der landwirtschaftlichen Genossenschaften insbesondere gegen den Handel nicht Formen annehme, die ein Zusammenarbeiten ausschließen.

In der Frage der Unterstützung des Hotel- und Gastwirts-gewerbes durch Fahrpreiserhöhungen seitens der Reichsbahn in der Vor- und Nachaison (Berichterhalter Handelskammer Billingen) konnte ein Einverständnis mit den zuständigen Stellen nicht erzielt werden. Es wurde beschlossen, dieser Angelegenheit nach wie vor die größte Aufmerksamkeit zu schenken und die Anregung in der nächsten Sitzung des Badischen Landesvereinsrates zu wiederholen. Die Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstags, sich des Fremdenverkehrs mehr als bisher anzunehmen, wurden begrüßt (Berichterhalter hierzu Handelskammer Karlsruhe).

Eine eingehende Erörterung erfuhr das Problem der Neugestaltung der Handelskammer und der sogenannten Wirtschaftsdemokratie.

Der Ausbildung des kaufmännischen und gewerblichen Nachwuchses wird von seiten der badischen Kammer die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Behandelt wurden in der Sitzung die Frage der Einrichtung kaufmännischer Gehilfenprüfungen, die Ausbildung gewerblicher Arbeiter, die Befähigung von Industrie- und Schwerindustrie, Ausarbeitung eines Musterlehrvertrags für kaufmännische Lehrlinge, die Förderung der Lehrkräfte und der Einzelhandelsforschung.

Die Übung, den zuständigen Stellen periodisch Bericht über Lage und Gang von Handel und Industrie zu erhalten, hat für die Zwecke der Konjunkturforschung gute Erfolge gezeigt. Es wurde beschlossen, daß die Kammer Quartalsberichte erstatten. Diese sollen in einem Sammelbericht über die gesamte badische Wirtschaft der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Mit außerordentlicher Begeisterung verfolgt der Badische Industrie- und Handelstag die seit einiger Zeit zutage tretenden Bestrebungen, der deutschen Wirtschaft erste Facharbeiter zu entsenden und sie zur Auswanderung zu veranlassen. Es wurde beschlossen, die Arbeitsämter zu erziehen, derartige Versuche in keiner Weise zu unterstützen, da hierdurch der Wirtschaft, die mit großen Kosten diese Kräfte herangebildet hat, schweren Schäden zugefügt wird.

Weiter wurde behandelt der Entwurf einer neuen Ausver-kaufsanordnung, der neue Entwurf der Handwerkerrollen, die Frage der Besetzung der Stellen der Vorstände der Arbeitsämter in Verbindung mit der Frage der Reform des Schlichtungswesens, die Befragung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Anbahnung der sozialen Versicherung usw.

Am Abend vereinigten sich die Teilnehmer der Sitzung bei einem gemeinsamen Abendessen in Ermatingen, an dem auch Vertreter der benachbarten Thurgauer Handelskammer teilnahmen.

Tagung der Deutschen Städtebauakademie in Heidelberg

Nach einem am Sonntag vorausgegangenen Begrüßungs-abend, in dessen Verlauf, wie schon gemeldet, Geheimrat Prof. Otto Eshardt in einem Vortrag Bilder zur Geschichte des Städtebaues zeichnete, trat Montag vormittag der große Ausschuß der Freien Deutschen Akademie des Städtebaues in der Stadthalle zu Heidelberg zur Auswahl des Präsidiums und zur Erledigung der Regularien zusammen. Geh. Regierungsrat Dr.-Ing. Briz wurde auf weitere drei Jahre zum Präsidenten gewählt. In der Aussprache über die Tätigkeit der Akademie wurde die Notwendigkeit der Bildung einer Arbeits-gemeinschaft im Süddeutschen des Reiches anerkannt. Der Weg zur Bildung einer solchen wurde bereits in Karlsruhe besprochen, und man hofft, Darmstadt und Stuttgart mit einzuschließen und auch den Anschluß der deutschen Schweiz zu erreichen.

Angestrebt wird eine enge Zusammenarbeit mit der Reich-forschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bauwesen. Als nächstes Thema wird die Akademie die Idee des Großkreises behandeln, ausgehend von dem Gedanken des Vorläubers der Idee, daß nicht überall, wo die Industrie in die Landkreise hineinwächst, Gebiete gebaut werden müssen, sondern eine neue Siedlungsform gefunden werden müsse, die von der künftigen Großstadtverwaltung und dem teureren Großstadtbaubau abweicht. Dabei handelt es sich nicht um einen Kampf gegen die Großstädte, die vielmehr ein Vorland erhalten sollen, so daß das neue Gebilde, der Großstadtkreis, sich an der Großstadt nicht reiht. Zum nächsten Tagungsort wurde Breslau gewählt, wo im kommenden Jahre die Verbundausstellung veranstaltet wird. 1930 wird die Akademie in Berlin tagen in Verbindung mit der Bauausstellung und anderen 1930 in Berlin geplanten Veranstaltungen.

Mittags tagte dann die Akademie mit geladenen Gästen im Lesesaal der Stadthalle. Staatssekretär Scheidt überbrachte

die Grüße der preussischen Staatsregierung; er betonte die große Interesse der Staatsregierung an den städtebaulichen Fragen; schloß heute 600 000 Wohnungen in Deutschland. Mit Dank nahm der Staatssekretär die vom Präsidenten Briz mitgeteilte Ernennung zum Ehrenmitglied an. Bürgermeister Amberger, Heidelberg, hieß die Gäste aufs herzlichste willkommen.

Über die akademischen Fragen des Städtebaues erstattete der Privatdozent an der Wiener Technischen Hochschule, Dr. Brunner, Bericht, unterstützt durch zahlreiche photo- und andere graphische Darstellungen, Schemata und Statistiken auf der Leinwand; er propagierte als ersten Grundsatz die geschlossene Ausbildung von Städtebauingenieuren für das gesamte Gebiet der Baukultur und Bauwissenschaft. Für den Städtebau müßten gesonderte Ausbildungseminare geschaffen werden. Hochschule und öffentliche Verwaltung müßten im allgemeinen Interesse aufs engste zusammenarbeiten. Der Redner forderte für die Städtebauer einen Berufsschutz, wonach für die Bauungspläne ausgebildete Städtebauingenieure heranzuziehen seien.

Im Laufe der Diskussion wurde fast einmütig darauf Wert gelegt, daß die ins Amt kommenden Regierungsbaumeister und sonstigen Baubeamten, wie auch die Architekten und Ingenieure überhaupt, durch ihre Vorbildung tieferen Einblick in die Rechts-, Wirtschafts- und Volkswirtschaftslehre erhalten, und daß bei den Hochschulen besondere Abteilungen für den Städtebau errichtet werden. Zum Mittelpunkt des Städtebaues müsse die Wirtschaft gemacht werden. Architektur und Ingenieurkunst seien nur als zusammengehörige Zweiggebiete im Städtebau zu werten.

Prof. Heiligenthal, Karlsruhe, verwies darauf, daß gerade Baden, dessen Ortsstraßen ja auch dem preussischen Straßensystem zum Vorbild gedient habe, in städtebaulicher Beziehung von vornherein die beste Grundlage gehabt habe, habe doch Baden die ältesten geordneten Städte wie Ahalbzell usw. In Baden habe man auch schon längst die Wichtigkeit der volkswirtschaftlichen Seite des Städtebaues erkannt. Die Bedingungen für den Städtebau und eine gedeihliche Fortentwicklung des Städtebaues seien deshalb in Baden besonders günstig.

Die Frage der Automobilstraßen wurde durch ein Referat des Geheimen Regierungsrates Prof. Osen, Hannover, behandelt. Nach gemeinsamer Mittagspause beschäftigten die Tagungssteinehmer auf einer Motorbootsfahrt zwei Stunden die Redars und dann das neu erbaute Radiumbad. Dienstag vormittag führte eine Besichtigungsfahrt die Gäste in die Um-gegend von Heidelberg.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. Die Amtszeit des Oberbürgermeisters Gündert in Pforzheim läuft mit dem 31. Sept. 1928 ab. Die Wahl des Oberbürgermeisters durch die Mitglieder des Bürgerausschusses findet am Mittwoch, den 17. Oktober, im Bürgerausschußsaal statt. — Bei der am Sonntag in Kleinfeldbach stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde der seit-herige Bürgermeister August Kraus im ersten Wahlgang bei einer Wahlbeteiligung von 84 Proz. mit 308 Stimmen wieder zum Bürgermeister gewählt. Seine Gegenkandidaten, der Schmiedemeister August Kowzag (Bürgerliche Vereinigung) erhielt 152, der Malermeister Wilhelm Künzler (Soz.) 123 Stimmen.

Reichskanzler Müller dankt für die Übermittlung des Mannheimer Stadtwortes. Oberbürgermeister Dr. Heimerich hat Reichskanzler Müller, als einem Sohne der Stadt Mannheim, das neue Stadtwort übersandt. Der Reichskanzler hat darauf erwidert: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister — Die Überlieferung des soeben erschienenen Buches „Mannheim, das Kultur- und Wirtschaftszentrum Süddeutschlands“ hat mir große Freude gemacht. Wenn ich auch mit 12 Jahren Mannheim verlassen habe, so ist es mir doch eine Genug-tuung, zu wissen, daß die Stadt an ihren Sohn denkt. Ich hoffe, bald Gelegenheit zu haben, den Text zu lesen. Mit den besten Grüßen Ihr gez. Müller.“

Der Brühler Vorschlag abgelehnt. Die Bürgerausschuß-sitzung in Brühl beschäftigte sich mit dem Gemeindevor-schlag für das Rechnungsjahr 1928/29. Er weist einen unge-deckten Aufwand von 92 614 M auf. Die Steuerwerte der Gemeinde betragen 5 005 100 M Grundvermögen, 851 600 Betriebsvermögen und 107 900 M Gewerbeertrag. Der ge-sehliche Steuerbetrag für klassifizierte und eingele-gte Grundstücke sowie für Wald wurden um 25 Proz. erh-öhrt. Der Vorschlag wurde mit 36 gegen 8 Stimmen abge-lehnt.

Nationaltheater Mannheim und Pfalz. Zwischen den Städten Mannheim und Ludwigshafen und der Ufa-Unter-sal-Filmgesellschaft U.-G. wird eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach dem Nationaltheater Mannheim vom 1. Oktober 1928 bis zum Ende der Spielzeit 1928/29 das Theater am „Pfalz“ in Ludwigshafen in jeder Woche, und zwar regel-mäßig am Donnerstag, zu einer Theateraufführung zur Ver-fügung steht. Es werden aus dem stehenden Spielplan des Nationaltheaters mindestens 40, höchstens 50 Vorstellungen gegeben, und zwar Opern, Operetten, Schauspiele und Lust-spiele. Die Vereinbarungen sind so getroffen, daß sich durch die Aufführungen in Ludwigshafen der städtische Zuschuß zum Nationaltheater keinesfalls erhöhen wird.

Unordnung im Ludwigshafener Gaswerk. Gegen den Direktor des städtischen Gaswerks Ludwigshafen a. N., Dr. Riese, ist seit längerer Zeit eine stark um sich greifende Unterjochung der Stadtverwaltung im Gange, da er angeb-lich, wie die „Neue Mannh. Ztg.“ schreibt, die Stadt durch eine unglückliche Schachlofenanlage um große Beträge geschädigt habe. Dr. Riese wird der Vorwurf gemacht, daß er sich zu wenig über die Qualität der Anlage informiert habe. Auch wird ihm vorgeworfen, der liefernden Firma beiläufig zu haben, die Anlage funktionierte gut, während sie als ab-solut ungenügend angesehen werden mußte. Gegen den Lei-ter des Gaswerks ist jetzt das Disziplinarverfahren eröffnet und die Prüfung des Betriebes zwei berufenen Kennern aus dem Gasfach übertragen worden.

Badischer Geschäftskalender 1929. Im Bad. Kommunal-verlag Karlsruhe ist soeben der neue Jahrgang (1929) des Bad. Geschäftskalenders, gegründet im Jahre 1852, von J. G. Geiger (Moriz Schauenburg in Lahr) erschienen. Preis 2,20 Reichsmark (durchgeschossen 2,40 M). Neben der Darstellung der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden und ihrer Beam-ten sowie der sonstigen Organisationen in Baden enthält er ein Kalendarium, einen Auszug aus der Postgebührenord-nung und die Bestimmungen über Erpreßgut, sowie eine Ab-handlung über die Befoldungsreform 1927/28. Reichhaltiger Inhalt und sorgfältige Bearbeitung machen den Kalender zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für Behörden, Be-ame und Geschäftsleute; der billige Preis und die gebiegene Ausstattung (grüner Leinenband) werden ebenfalls dazu bei-tragen, daß der Kalender in immer weiteren Kreisen Ein-gang findet.

Haben wir zu viele höhere Schulen?

Nicht nur Großstädte, sondern auch viele Klein- und Mittelstädte unterhalten unter sehr großen finanziellen Opfern höhere Schulen. Unter manchen Kleinstädten herrscht sogar ein gewisser Wettbewerbs in der Unterhaltung vieler und guter Schulen. Man sieht seinen Ehrgeiz ein, eine Schulstadt genannt zu werden. Die Folge davon ist, daß große Teile der Jugend in diesen Städten höhere Schulen besuchen, die das unter anderen Umständen wahrscheinlich nicht tun würden. Sicherlich sind unter ihnen viele, deren Begabung sie für eine höhere Schulbildung geeignet macht, aber wahrscheinlich noch viel mehr, die ohne ausreichende Begabung die höheren Schulen nur besuchen, weil sie das ohne Schwierigkeiten und ohne beträchtliche Kosten tun können. Es ist nun in der Öffentlichkeit behauptet worden, daß die allzu große Zahl der hohen Schulen und der höheren Schüler in Deutschland eine ungeheure Entwicklung bedeutete. Man hat insbesondere nachgewiesen, daß die absolute und die relative Zahl der höheren Schüler in Deutschland zu groß sei, und daß in den letzten Jahren trotz der wirtschaftlichen Not ihre Zahl infolge sozialer Maßnahmen, wie Ausbau des Freistellenswesens, Gewährung von Beihilfen, Schulgeldstafelung, Verbesserung des Verkehrs zu und von den Städten mit höheren Schulen, noch erheblich angewachsen sei. Der Dresdener Stadtschulrat Dr. Hartnack weist in den „Mitteilungen des Deutschen Städtetages“ darauf hin, daß innerhalb der stark wachsenden Zahl der höheren Schüler die Zahl der Bestbelegten relativ zurückgegangen ist und die Zahl der Schwächerbelegten relativ zugenommen hat. Daraus geht hervor, daß die dreierlei getrennte höhere Schule von heute im Durchschnitt weniger leistet als die von früher. Die Reifeprüfungsbestimmungen seien, so wird ausgeführt, mehrfach erheblich umgestaltet worden, und diese Umgestaltungen seien nicht gerade in der Richtung auf eine Erleichterung gegangen.

Dr. Hartnack beruft sich zum Beweise für die Verschlechterung der Leistungen der höheren Schulen auch auf einen Bericht des Präsidenten des Sächsischen Oberlandesgerichtes, Dr. Mansfeld, in welchem festgestellt wird, daß in dem Vorbereitungsdienst der Referendare neuerdings ein Mangel an allgemeiner Bildung, an Beherrschung der deutschen Sprache, an Gewandtheit und Klarheit des schriftlichen Ausdrucks aufgefallen sei, der bis dahin in diesem Maße noch nicht hervorgetreten wäre. Die Folge der ständigen Verbearbeitung der höheren Schulen sei die Ursache der immer mehr sich ausbreitenden Mittelmäßigkeit an den Hochschulen. Man wird Dr. Hartnack zweifellos in vielen seiner Ausführungen zustimmen können und auch darin, daß in dem verarmten Deutschland die Allgemeinheit heute einen allzu zahlreichen Stab von wissenschaftlich Ausgebildeten weder tragen noch auf die Dauer bezahlen kann. Der Aufschwung, den die Städte für ihre höheren Lehranstalten leisten, ist in der Tat in vielen Fällen übermäßig hoch und steht zu der Finanzlage mancher Städte in keinem angemessenen Verhältnis mehr. Nach einer Erhebung des Preussischen Städtetages wurden in 51 Stadtteilen im Jahre 1928 rund 40 Millionen Reichsmark für Zuschüsse an die höheren Lehranstalten dieser Städte verausgabt gegen nur 17 Millionen Reichsmark im Jahre 1913. Die Frage ist also zweifellos berechtigt, ob hier nicht zu einem Teile heute bereits ein sozialer Preisaufschlag vorliegt. Man wird diese Frage sorgfältig prüfen müssen.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	26. Sept.		25. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.01	168.35	168.04	168.38
Kopenhagen 100 Kr.	111.73	111.93	111.74	111.96
Italien . . . 100 L.	21.915	21.955	21.91	21.95
London . . . 1 Pf.	20.32	20.36	20.313	20.359
New York . . . 1 D.	4.266	4.274	4.266	4.274
Paris . . . 100 Fr.	16.375	16.415	16.365	16.405
Schweiz . . . 100 Fr.	80.625	80.785	80.61	80.77
Wien 100 Schilling	59.01	59.13	59.01	59.13
Prag . . . 100 Kr.	12.421	12.441	12.42	12.44

Bekanntmachung.

Der Landeskommissar für die Kreise Karlsruhe und Baden hat dem Kraftwagenführer Erwin Gantner aus Ettingenweiler, der am 15. Juli 1928 die Fabrikarbeiterin Therese Bachmann vom Tode des Ertrinkens im Rhein gerettet hat, für sein entschlossenes Handeln bei diesem Rettungsfalle eine öffentliche Belobung ausgesprochen.
Karlsruhe, den 25. September 1928. O 3.90
Badisches Bezirksamt Abt. I.

Bekanntmachung.

Am Samstag, den 13. Oktober d. J., vormittags 10 Uhr, wird im Rathaus dahier die Ausübung der Jagd auf hiesiger Gemarkung, abgeteilt in drei Distrikte, und zwar
1. Abteilung mit einem Flächeninhalt von etwa 570 ha. Die 1. Abteilung wird in 2 Vogen getrennt ausgeteilt und zwar so, daß der eine Vogen vom Neckar bis zur Hesseheimer Straße und der andere Vogen von der Hesseheimer Straße bis zur Eisenbahn reicht.
2. Abteilung mit einem Flächeninhalt von etwa 570 ha, südlich der Main-Neckar-Eisenbahn bis an den Schriesheimer Bach und die anschließenden Gemarkungsgrenzen von Hesseheim, Großschaffen, Leutershausen und Schriesheim.
3. Abteilung mit einem Flächeninhalt von etwa 500 ha von dem Schriesheimer Bach aufwärts bis an die Grenzen der Gemarkungen von Schriesheim, Dossenheim und Schwabenheimerhof, westlich bis zum Neckar, das sog. obere Feld, auf 6 Jahre, beginnend mit dem

1. Februar 1929, in öffentlicher Versteigerung verpachtet.
Die Versteigerungsbedingungen liegen auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 7 — auf. Als Bieter werden nur solche Personen zugelassen, welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden oder durch ein schriftliches Zeugnis des Bezirksamts nachweisen, daß gegen eine Erteilung des Jagdpasses keine Bedenken obwalten.
Radenburg, 22. Sept. 1928.
Bürgermeisteramt;
J. B. Bargolini.

Jagdverpachtung

Die Gemeinde Meissenheim (Amt Lahr) verpachtet am Donnerstag, den 11. Oktober 1928, nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathaus die Gemeindejagd Distrikt I und III bisheriger Distrikt I Rhein-Neckar auf weitere 6 bzw. 9 Jahre. Beide Lose werden zunächst zusammen ausgeteilt.
Als Bieter wird nur zugelassen, wer sich im Besitze eines Jagdpasses befindet, oder durch ein Zeugnis der zuständigen Behörde nachweisen kann, daß gegen die Erteilung eines

Jagdpasses keine Bedenken bestehen.
Die Entwürfe der Pachtpakete liegen bis zur Versteigerung auf dem Rathaus zur Einsicht der Interessenten offen.
Meissenheim, 24. Sept. 28.
Gemeinderat:
Fischer.

Wasserleitungsarbeiten

Wir vergeben namens der Gemeinde Langenbrücken bei Bruchsal öffentlich die Arbeiten zur Ausführung ihrer Wasserleitung bestehend in Verlehen und Verlegen von Rohrleitungen 80—150 mm Durchmesser 5300 m, 40 mm weite Hausleitungen 2500 m, einschließlich Armaturen u. Formstücke sowie Ausführung der Grabarbeiten u. der Straßenwiederherstellungen.
Angebote, wofür Vordrucke gegen eine Gebühr von 1,50 RM von dem Kulturbauamt Heidelberg, Reichstraße 6 von Freitag, den 28. d. M. ab zu beziehen sind, wollen bis zum Öffnungstermin, Mittwoch, den 10. Oktober 1928, vormittags 9.30 Uhr, auf dem Rathaus Langenbrücken eingereicht werden.
Pläne und Bedingungen liegen inzwischen auf dem Rad. Kulturbauamt Heidelberg.
Bergebung von Erd-, Mauer-, Beton- und Eisenbetonarbeiten.
Das Wasser- und Straßenbauamt Mosbach vergibt auf Grund der Verordnung des badischen Finanzmini-

Aus der Landeshauptstadt

Offenhalten von Läden am Lichtfestsonntag. Der Bezirksrat hat das Gesuch des Karlsruher Einzelhandels, die Läden am Sonntag, den 7. Oktober, offenhalten zu dürfen, genehmigt. Es war die Zeit von 3 bis 6 Uhr beantragt worden.

Das Karlsruher Schwurgericht verurteilte am Dienstag nachmittag den 48jährigen verheirateten Landwirt Adolf Engel aus Söllingen wegen fahrlässigen Totschlags zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten. — In späteren Abendstunden verurteilte der Gerichtshof den 38jährigen wiederholt vorbestraften verheirateten Tagelöhner Wilhelm Lutweiler aus Wilsberg wegen Vergehens gegen § 114 (Räuberei) und wegen Vergehens gegen § 3 Abs. 1 der Verordnung über den Waffenbesitz zu einer Gesamtgefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten abzüglich drei Monate Untersuchungshaft. Die Anklage lautete auf Totschlagsversuch und unerlaubten Waffenbesitz. Der Angeklagte war in der Frühe des 17. Juni in die Erfinger Gemarkung ausgezogen, um mit mehreren jungen Burschen Kirchschen zu stehlen. Dabei wurde er von einem Feldhüter erwischt. Während seine Genossen die Flucht ergriffen, stellte sich Lutweiler dem Beamten entgegen und gab mehrere Schüsse auf ihn ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Auch der Feldhüter machte von der Waffe Gebrauch. In der Verhandlung bestritt der Angeklagte, daß er seinen Verfolger töten wollte. Er habe lediglich Schreckschüsse abgegeben.

Großfeuer in Blankenloch. Dienstagabend gegen 5 Uhr wurde die Berufsfeuerwehr Karlsruhe nach Blankenloch zu einem Großfeuer gerufen. Es brannte die Wirtschaft zum „Schwanen“, in der das Feuer ausgebrochen war, und hatte bereits mehrere Scheunen und Nebengebäude des Nachbarortes ergriffen. Die Berufsfeuerwehr ging mit 5 Schlauchleitungen vor und konnte im Verein mit der Freiwilligen Feuerwehr Blankenloch das Feuer auf seinen Herd beschränken und die Gefahr, beseitigen. Der Gesamtschaden beläuft sich auf etwa 50 000 RM. Das abgebrannte Gasthaus zum „Schwanen“ gehörte der Brauerei Schrempf-Prinz in Karlsruhe.

Weiterentwicklung der badischen Landesweiterkarte Karlsruhe. Über England und Deutschland ist der Druck gestiegen und hat zur Geltung eines vorerst noch flachen Hochdruckgebietes geführt, das sich aber voraussichtlich weiter auf das Festland ausbreiten und verstärken wird. Wir können daher mit Fortdauer des trockenen Wetters bei zunehmender Erwärmung rechnen. Weiterausblick für Donnerstag: vorwiegend heiter, trocken und milde.

Zeitschriftenschau

„Das Theater“ (Herausgeber: Arthur Kürschner, Verlag, Berlin-Schöneberg) bringt in seinem schön ausgestatteten Septemberheft einen ausführlichen Bericht über den Berliner Saisonbeginn und stellt fest, daß eine prächtige Reihe bester Schauspieler uns über den chronischen Mangel an guten neuen Stücken hinwegtäuscht. Fritz Heymann berichtet über einen Abend im Teatro Colonna in Rom. Leipziger, Kreuznauer und Dresdener Briefe bringen Kritiken über Aufführungen. Die künstlerische Gesamtleitung des Badischen Landestheaters in Karlsruhe erfährt durch Rudolf K. Goldschmidt eine eingehende Würdigung. Auf die Sprechtheaterkritik in Hamburg weist Gustav Witt hin. Aus einem Artikel von Max Lenz ist Näheres über die Gründung eines Sporttheaters im Ruhrgebiet zu erfahren. Es wird ein Theater der fünf-tausend unter freiem Himmel geplant. Der Bühnenplatz ist gleichzeitig auch als Sportarena für Reiterübungen usw. gedacht. Aus dem Anlaß des Tolstoi-Jubiläums wird der wirtungsvolle dritte Akt (Tolstoi Tod) aus dem Schauspiel „Kreuzabnahme von Elm Welt zum Abdruck gebracht. Außer Film, Schallplatten- und Buchbesprechungen sind noch die Theateraportismen von Jules Renard und Max Gribes amüsante Erinnerungen über den „Kampf mit dem Bühnenobjekt“ bemerkenswert. Bühnenbilder aus Berlin, Karlsruhe, Amsterdam, Dresden, Nürnberg, Braunschweig, Krefeld, Gießen, Baden-Baden, Aarau, Moskau, Salzburg, Plauen, Weithen usw. schmücken das interessante Heft, das wie üblich auf allen Bahnhöfen und in jedem Zeitungskiosk zu haben ist. (Das Theater, Verlagsgesellschaft, Berlin-Schöneberg.)

Kurze Nachrichten aus Baden

St. Girslanden, 26. Sept. Nachdem erst vor vier Wochen unser Ort durch ein großes Schandfeuer heimgesucht wurde, ist die Einwohnerschaft in der Nacht zum Sonntag schon wieder durch Feueralarm aus dem Schlafe aufgeschreckt worden. Haus und Scheune des Altbürgermeisters Gehrig mit allen Borräten brannten vollständig nieder; auch die Scheune des Landwirts J. Moser wurde in Mitleidenschaft gezogen.

Bruchsal, 26. Sept. Der neue Note, welcher infolge der Trockenheit an Quantität die Hoffnungen der Winger nicht erfüllt, ist dafür von hervorragender Qualität und hat ein Mostgewicht von 100 bis 110 Grad. Es sind bereits einige Verkäufe getätigt worden zum Preis von 1 bis 1,20 M pro Liter.

Bruchsal, 26. Sept. Laut Handelsregisteramt ist der Betrieb der „Bruchsaler Zeitung“ an die Firma Ewald Schmidt G. m. b. H. übergegangen, deren Stammkapital 30 000 M beträgt und deren Geschäftsführer der bisherige Inhaber, Zeitungserleger Ewald Schmidt, sowie der Kaufmann Ernst Berger in Bruchsal sind.

Liedolsheim (Bez. Karlsruhe), 26. Sept. Die Ermittlungen über die Brandursache des jüngsten Großfeuers ergaben, daß Brandstiftung vorliegt.

Kastatt, 26. Sept. Oberlandwirtschaftsrat Busch wird dem Rufe der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft nach Berlin nicht Folge geben, sondern auch weiterhin im Dienste der Badischen Landwirtschaftsamt bleiben, und zwar als Direktor für die landwirtschaftlichen Versuchsgüter in Zuchheim, Karlsruhe und Karlsruhe.

Freiburg, 26. Sept. Reichsminister Dr. Curtius statete heute der Stadt Freiburg einen Besuch ab. Am Abend hatte er mit den Vorständen der Deutschen Volkspartei Freiburg eine Zusammenkunft im Hotel Falken.

Donauwörth, 26. Sept. Am Samstag nachmittag lehrte das hiesige Reichswehrbataillon vom Manöver heim. Die Haltung der Truppe war eine ausgezeichnete und erweckte bei der Bevölkerung lebhaftes Interesse.

Verschiedenes

Flüchtiger Postbramer

W. D. Danzig, 26. Sept. (Tel.) Der seit dem 12. September 1928 als vermisst gemeldete Postbetriebsassistent Gustav Biele aus Danzig ist, wie sich jetzt ergeben hat, dringend bedürftig, zwei Wertpapiere in Höhe von 6500 Dollar in Ein- und Zwei-Dollarnoten unterschlagen und damit die Flucht ergriffen zu haben. Biele, der am 26. Juni 1893 geboren ist, ist im Besitze eines Danziger Passes, in welchem er seine Amtsbezeichnung als Postbetriebsassistent eintragen lassen.

Um 350 000 Reichsmark geprellt

Die Kriminalpolizei in Chemnitz verhaftete den 43 Jahre alten Agenten Karl Stumpf, der verschiedene Fabrikanten Strumpfwaren im Werte von 350 000 Reichsmark abgeschwindelt hat, die sofort in Berlin wieder unter dem Preise weiterverkauft wurden. Aktiven sind nicht vorhanden, so daß sämtliche Fabrikanten ihr Geld verlieren, wenn es nicht gelingt, die Berliner Käufer zu Schadenersatz zu veranlassen. Dieser Fall ähnelt durchaus den Betrügereien des Guido Behrens, der im Sommer sächsische Wäschefabrikanten um fast 1 Million schädigte.

Bücheranzeige

August Strindberg: Am offenen Meer. Roman. Aus dem Schwedischen übertragen von Elise von Hollander. (Vollständiger Band der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2.) — Nicht der gequälte Grübler, nicht der die menschliche Seele festgerendete Psychologe Strindberg ist es, der aus diesem Roman spricht, sondern der große Dichter des Nordens, der über der scharfen Beobachtung kleiner menschlicher Züge niemals das Gesamtbild des Lebens, das er darstellen will, verliert. „Am offenen Meer“ spricht nicht von Gehirnen, sondern von lebendigen Menschen. In ihm weht reine, kühle Meeresluft.

Detektiv-Institut
a. Privat-
Rückkauf
„Argus“ Mannheim
O 6, 6
Planke
Hauptstadt 33303
A. Maier & Co., G. m. b. H.



Badisches Landestheater
Donnerstag, 27. September
D 3 (Donnerstagmiete)
H. Gen. I. S. Or.
Hofmanns Erzählungen
Oper von Offenbach
Mitwirkende:
v. Ernst, Müller, Waldmann,
Lauffelder, Dr. Rudersperg,
Magda Straß, Wörödin.
Anfang 19. Ende 21.1/2
Freie C (1-7)
Fr. 28. Sept., Die heilige Ente,
Sa 29. Sept., neueinst.: Der
Schwarzfischer, So. 30.
Sept., neueinst.: Der
Bardier von Zagrad, Wo.
1. Okt., 1. Sinfonienkonzert,
Die, 2. Okt., Armbida

Freihand-Auktionen
Forstamt Herrnhut in
Forbach (Baden). Donner-
stag, den 4. Oktober 1928:
5000 fm Nadelstammholz
aller Klassen. Losverzeichnis
durch das Forstamt
(Zentrum Forbach). 9.793

Freihand-Papierholzauction
Forstamt Strazellen: am
Montag, den 8. Oktober 28,
vorm. 11 Uhr: etwa 200 Ster,
meist Fichten. — Auszug
durchs Forstamt. 9.789

COLOSSEUM
täglich abends 8 Uhr
Sonntag 4 u. 8 Uhr
die feinsten
aus Berlin

Revue
„FürEverGold“
Der Schläger der
Saison!

Billige
Sonntagskarten
zum Besuch der
Frankfurter Messe
30. Sept.-3. Okt.
Gültig ab Samstag
mittag 12 Uhr -
Rückreise muß
Montag früh 9 Uhr
angetreten sein.

FIM

Auskünfte, Prospekte, Verkauf von Moßausweisen bei:
E. P. Hieko, Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 215, Telefon 767

Gemäß § 6 Abs. 4 des Ortsstatutengesetzes wird die
am 5. Oktober 1927 über das von der Karl-Friedrich-
Straße, Kriegsstraße, Kreuzstraße und Marktstraße
umschlossene Gebiet verhängte Bauverbot um
ein Jahr verlängert.
Karlsruhe, den 20. September 1928. O. 3. 88
Badisches Bezirksamt Abt. II.